

Abitur nach 12 Jahren – wie, wo und warum?

Das Problem

Im internationalen Vergleich brauchen Studierende in Deutschland mehr Zeit für ihren Abschluss als in anderen Ländern. Im Jahr 2001 betrug die durchschnittliche Studiendauer sieben Jahre an Universitäten und fünf Jahre an Fachhochschulen.¹ Vor dem Studium wird oft eine Ausbildung absolviert, Wehr-/Zivildienst geleistet oder eine Jahrgangsstufe in der Schule wiederholt. Das Ergebnis ist, dass deutsche Universitätsabsolventen von weniger als 30 Jahren eine Seltenheit sind, während in anderen Ländern, z.B. Großbritannien, fast alle Universitätsabsolventen unter 25 sind.

Zwei große Reformen sind jetzt eingeleitet worden, um die akademische Ausbildung zu verkürzen: die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengänge an den Universitäten und die Verkürzung der Schulzeit bis zur Studienberechtigung von 13 auf zwölf Jahren.

Abitur nach zwölf Jahren: wie?

Seit 2001 sind viele Bundesländer dem Beispiel des Saarlands gefolgt und haben die Zeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre verkürzt. Nach vier Jahren Grundschule können Mädchen und Jungen jetzt das achtjährige Gymnasium – auch G8 genannt – besuchen. Dort wird nicht weniger gelehrt und gelernt als früher, sondern die Stunden aus dem neunten Schuljahr werden auf die anderen Jahrgangsstufen verteilt. Je nach Modell werden die Unterrichtsstunden pro Woche von durchschnittlich 30 auf 33 bis 37 erhöht. Um das Pensum zu schaffen, werden Gymnasien Quasi-Ganztagsschulen – aber ohne eine Rhythmisierung des Unterrichts.

In welchen Bundesländern?

Es gibt nur zwei Bundesländer – Schleswig-Holstein und Brandenburg –, die die Schulzeit bis zum Abitur noch nicht flächendeckend verkürzt haben.² Ferner hielten zwei neue Bundesländer (Sachsen und Thüringen) am DDR-Modell einer zwölfjährigen Schulzeit fest und führten ein dreizehntes Schuljahr nie ein. Rheinlandpfalz geht einen anderen Weg und verkürzt die Schulzeit auf 12 ½ Jahre. Die Umstellungstermine der anderen Bundesländer sind in Tabelle 1 aufgelistet.

¹ KMK Dokumentation Nr. 167, S. 17

² Es ist unwahrscheinlich, dass es dabei bleibt. Schleswig-Holstein hat seit Kurzem eine neue Regierung und in Brandenburg ...

Tabelle 1: Zeitpunkt der vollzogenen Umstellung auf eine 12jährige Schulzeit

Jahr der ersten Entlassung aus dem G8	Bundesländer
2007	Sachsen-Anhalt
2008	Mecklenburg-Vorpommern
2009	Saarland
2010	Hamburg
2011	Bayern Niedersachsen
2012	Baden-Württemberg Berlin Bremen
2013	Nordrheinwestfalen Hessen
2014	Hessen
2015	Brandenburg

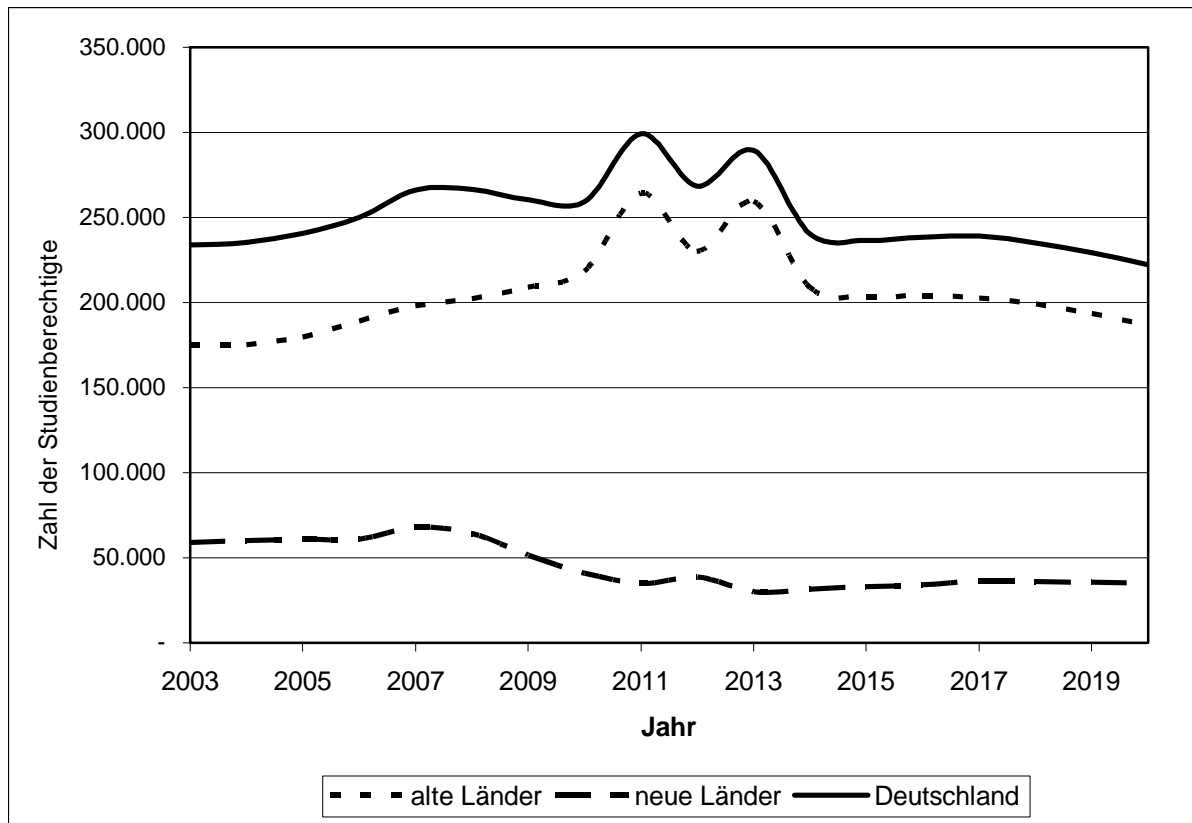
Was sind die Folgen?

Die Gesamtunterrichtszeit bis zum Abitur (mindesten 265 Wochenstunden) bleibt gleich, sie wird nur neu verteilt. Deshalb soll es Einsparungen bei den Lehrerstellen nicht geben. Stattdessen gibt es erste Anzeichen dafür, dass der Unterrichtsstoff früher vermittelt wird. In den fünften und sechsten Jahrgangsstufen (in manchen Bundesländern noch eine Probe- oder Orientierungsphase) wird der Leistungsdruck erhöht und dann ausgesiebt. Wer mithalten kann, darf auf dem Gymnasium bleiben, wer nicht mithält, muss runter. Die Selektion wird verstärkt und die ohnehin nur minimale Durchlässigkeit nach oben wird noch weiter abgebaut.

Die Regelzeit bis zum Haupt-, Real- oder Gesamtschulabschluss wird jedoch meistens nicht gekürzt. Deshalb wird es auch Schüler und Schülerinnen geben, die immer noch dreizehn Jahre für das Abitur brauchen. Ob dies zu einer Benachteiligung – etwa bei der Vergabe eines Ausbildungsplatzes oder für die Berechnung des Numerus Clausus – führen wird, ist noch nicht absehbar. Aber solange es ein „schnelles“ und ein „langsames“ Abitur gibt, werden manche das eine für besser halten als das andere.

Schließlich produziert die Umstellung auf eine verkürzte Schulzeit einen doppelten Abiturjahrgang. Der letzte Jahrgang mit einer 13-jährigen Schulzeit wird gleichzeitig mit dem ersten „Abi-nach-zwölf“-Jahrgang seine Studienberechtigung erlangen. Je nach Bundesland werden zwischen 2007 und 2014 bis zu 65.500 (im Jahr 2011) zusätzliche Abiturienten entlassen (siehe Graphik). Die Kultusministerkonferenz (KMK) geht davon aus, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Studienberechtigten tatsächlich ein Studium anfangen. In diesen Jahren wird es einen Ansturm auf die Hochschulen geben, die schon jetzt große Probleme mit überfüllten Hörsälen und zu wenig Personal haben.

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife und Hochschulreife (2003 bis 2020)



Quelle: KMK Dokumentation – Nr. 173 – Januar 2005 (S. 85)

In Abbildung 1 ist ein Anstieg der Zahl der Studienberechtigten schon ab 2005 zu erkennen. Die Jahre 2011 und 2013 weisen besondere viele Abgänger auf, weil die bevölkerungsstarken Bundesländer ihre Doppeljahrgänge entlassen.

Weiterführende Information

Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2003 bis 2020. KMK Dokumentation Nr. 173 – Januar 2005

Prognose der Studienanfänger, Studierenden und Hochschulabsolventen bis 2020. KMK Dokumentation Nr. 167 – März 2003

Beide sind abrufbar unter:

<http://www.kmk.org/statist/home1.htm>

Für den Bundeselternrat: Katherine Bird, Bremerhaven